

Eine katastrophale Entscheidung

Bundesinnenminister Alexander Dobrindt (CSU) will die Mittel für die unabhängige Asylberatung komplett streichen. Für queere Menschen ist diese Unterstützung jedoch essentiell.
Von Robert Andreasch

München, 3. Dezember 2025: Im *Schwulen Kommunikations- und Kulturzentrum Sub e.V.* in der Müllerstr. gehen queere Geflüchtete und Mitarbeiter*innen der dort angesiedelten *Besonderen Rechtsberatung – behördenunabhängigen Rechtsberatung* an die Öffentlichkeit. Trans*, Inter* und Queere finden hier für den gesamten Asylprozess rechtliche und psychosoziale Unterstützung – vom ersten Kontakt bis hin zur Begleitung im Klageverfahren. Das Angebot ist unverzichtbar: Drei Menschen, die keine Vollzeitstellen haben, betreuen über fünfhundert Klient*innen. Jedes Jahr kommen zwei- bis dreihundert dazu.

Queere Geflüchtete sind überdurchschnittlich häufig von Verfolgung und Diskriminierung betroffen. Gleichzeitig haben sie größere Hürden im Asylverfahren. Sie müssen ihre queere Identität glaubhaft darstellen. Für Trans* und genderfluide Menschen können Abschiebungen Lebensgefahr bedeuten. Für Suru Emmanuel zum Beispiel, der sich früher in Nigeria für die Rechte von LGBTIQ* eingesetzt hat. Wegen seines Engagements und seiner Sichtbarkeit als genderfluide Person drohten ihm in Nigeria eine Haftstrafe und Gewalt, so dass er von einer Fortbildung in Berlin im November nicht mehr zurückkehren konnte. Oder Kim Kato Hussein: Die 30-jährige trans*Frau musste aus Uganda fliehen, wo sie diskriminiert und bedroht wurde. Nach dem *Anti Homosexuality Act* drohen queeren Menschen dort lebenslange Haftstrafen. Doch das *Bundesamt für Migration und Geflüchtete* (BAMF) lehnte ihren Asylantrag ab, weil die Behörde ihr nicht glaubt, dass sie trans* ist. Althexia Josephine Vasquez musste Peru verlassen. „Peru ist kein guter Platz für eine trans* Frau. Es ist so schwer, als jemand zu erscheinen, der du nicht bist.“ Auch ihr Asylantrag wurde vom BAMF abgelehnt. „Why are human rights something that is discussed but not granted?“ fragt Althexia.

Anita Beneta ist eine der Mitarbeitenden der *Besonderen Rechtsberatung – behördenunabhängigen Rechtsberatung* im Sub e. V. Sie berichtet über die Ignoranz und Unsensibilität in den Entscheidungen des BAMF. Dort fehle es oft an Wissen über die

Thematik von trans* und genderfluiden Menschen. Die Beamt*innen interessierten sich oft nicht für den fehlenden Schutz, für die fehlenden Transitionsmöglichkeiten, für die Polizeigewalt und die systematischen Diskriminierungen im Heimatland. „Die Polizei in Uganda sagt beispielsweise ‚Die Berichte sind gefälscht‘. Und das reicht dem BAMF.“ In der Außenstelle München erlebe man unzulässige, retraumatisierende Fragen und/oder Übersetzer*innen, die gegenüber LGBTIQ*-Themen unsensibel seien. Viele Entscheidungen seien nicht nachvollziehbar, die Entscheidungsbegründungen subjektive Wahrnehmungen der Homosexualität oder des Transseins. „Das ist nicht zulässig!“

An diesem Vormittag im Dezember machen die Versammelten im Sub e. V. ihre Forderungen deutlich: Die Anerkennung gesellschaftlicher und struktureller Gewalt als Fluchtgrund, verpflichtende Schulungen für die BAMF-Mitarbeitenden und die Errichtung spezieller Unterkünfte für trans* und genderfluide Geflüchtete mit geschultem Personal und Schutzkonzept. Und: endlich die langfristige Finanzierung spezialisierter LGBTIQ*-Rechtsberatungen wie im Sub e.V., denn für die Arbeit in ganz Oberbayern steht dort gerade mal eine 50%-Stelle zur Verfügung. Anita Beneta schlägt Alarm: „Das ist unrealistisch, Wir brauchen langfristige Förderungen, damit auch andere Träger solche Beratungen installieren.“ Doch die Entwicklung in den Wochen nach dieser Pressekonferenz ist katastrophal. Statt eine Ausweitung der Angebote zu ermöglichen, passiert das denkbar Schlimmste: *Das Bundesministerium des Inneren* (BMI) teilt Anfang April 2026 mit, dass die Mittel für eine bundesweite Asylverfahrensberatung und besondere Rechtsberatung für queere und andere vulnerable Geflüchtete nun komplett gestrichen werden sollen. Das Sub e. V. reagiert zusammen mit zwölf anderen Fachberatungsstellen aus ganz Deutschland mit einem offenen Brief: „Wir sind entsetzt über diese Entscheidung“, heißt es darin, „eine verlässliche und langfristige Absicherung queersensibler Rechtsberatung ist kein Extra, es ist zwingend notwendig“. <



Suru Emmanuel, Althexia Josephine Vasquez, Kim Kato Hussein bei der Veranstaltung im Sub e.V.